

Denk ich an Deutschland ...

1844 schrieb Heinrich Heine in seinen „Nachtgedanken“:

Denk ich an Deutschland in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht,
Ich kann nicht mehr die Augen schließen,
Und meine heißen Tränen fließen.

Der berühmte Dichter dachte zwar mehr an seine Mutter, die er zwölf Jahre nach seiner Flucht nicht mehr gesehen hatte, doch seine Worte haben sich bis heute als geflügelte Worte für einen Blick auf Deutschland erhalten.

Was kann einem heute um den Schlaf bringen?

Meine Gedanken 35 Jahre nach Beginn des letzten Jahres der DDR (40. Jahrestag).

Schaut man sich einfach nur im Lande um, dann könnte man meinen: **Deutschland geht's doch gut.** Teure Autos stauen sich auf Autobahnen und in den Städten. Die Läden sind voller Waren und Käufern. Es gibt fast alles, was man sich wünscht. Vor jeder Haustür steht ständig ein Lieferwagen von Amazon oder DHL. Die überbordende Werbung verspricht laufend mehr. Millionen reisen durchs Land und in alle Welt. Geld staut sich auf privaten Konten, zumindest bei vielen. Die Bevölkerung ist divers und bunt. Die Anzahl der Arbeitslosen hält sich in Grenzen. Millionen erhalten Niedriglohn oder sind Bürgergeldempfänger. Hunger ist kaum zu sehen, wenn auch vorhanden. Jeder ist täglich im Internet unterwegs und kämpft sich durch das Meinungs-wirrwarr. Die Schulen und Unis sind voll. Das Nachtleben in den Städten boomt. Kriege sind weit weg und doch nah. Wie hätten wir vor 35 Jahren auf die Frage geantwortet, wie es uns geht? Und doch, ist die heutige Antwort die ganze Wahrheit? Werden die aktuellen Herausforderungen und notwendigen Änderungen im Leben der ganzen Gesellschaft wirklich gesehen und verstanden? Ich glaube nicht!

Die **Europawahlen** und die **Landtagswahlen** in Sachsen, Thüringen und Brandenburg in diesem Jahr zeigten auch in Deutschland wie in anderen europäischen Staaten (jüngst Österreich!) einen unübersehbaren Rechtsruck. Die rechtsextreme Partei AfD wurde in Thüringen stärkste Kraft, in Sachsen und Brandenburg zweitstärkste. Sahra Wagenknecht (BSW) wird aus dem Stand zum Zünglein an der Waage bei der Regierungsbildung in allen drei Ländern (allerdings mit fast unannehmbaren außenpolitischen Forderungen, denen jetzt die führenden CDU- und SPD-Politiker in den drei Bundesländern konstruktiv begegnen wollen?). Die SPD verliert außer in Brandenburg an Zuspruch, Grüne, FDP und Linke verschwinden teilweise in der Bedeutungslosigkeit. Die Ampelregierung in Berlin wankt, der Vorstand der Grünen tritt komplett zurück. Der SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert stellt aus gesundheitlichen Gründen sein Amt zur Verfügung. Die FDP fordert einen Herbst der Entscheidungen (Haushalt, Rentenpaket, Wachstumspaket, Migration, Sicherheit und spielt mit dem Austritt aus der Regierung und vorzeitigen Neuwahlen). Die CSU hat bereits den 2. März 2025 für vorgezogene Wahlen ins Gespräch gebracht. Scholz lehnt die Vertrauensfrage ab, die CDU/CSU traut sich kein konstruktives Misstrauensvotum, müsste sie dann ja mit der AfD und den Linken und BSW stimmen, falls überhaupt eine Mehrheit gelingt. Bundeskanzler Olaf Scholz will 2025 bei der Bundestagswahl gegen Friedrich Merz (CDU) wieder gewinnen, beginnt schon mal mit Wahlkampf mittels Regierungserklärung im Bundestag. Wer glaubt daran, dass er es

nochmals wird, nicht mal seine SPD? Und wer glaubt an Merz, der ständig von Söder aus Bayern attackiert und vom BSW bedrängt wird? Sogar Habeck (Grüne) und Weidel (AfD) spekulieren irrlichternd aufs Kanzleramt.

Das schrieb ich am 7. Oktober. Mittlerweile ist die Ampel am Tag des Sieges von Donald Trump geplatzt, nachdem die FDP (Lindner) Olaf Scholz Geduld platzen ließ. Demnächst stellt er die Vertrauensfrage, Neuwahlen sind für den 23.02.2025 avisiert. Sie sollen eine Wende bringen, nur welche? Schwarz-Rot oder Schwarz-Grün mit Sperrminorität durch AfD und BSW? Scholz (oder Pistorius) gegen Merz, was soll da herauskommen?

Das eigentliche Problem dieses Wahlausgangs für die **Demokratie** besteht wohl darin, dass sich viele Menschen nicht mehr genügend von traditionellen Parteien vertreten fühlen und programmatische Inhalte eine immer geringere Rolle spielen. Viele sind Wechselwähler, wählen Parteien am rechten oder linken Rand und meinen, man müsse es „denen da oben mal“ zeigen (was sich auch in unerwartet hoher Wahlbeteiligung zeigt). Zum Hassobjekt wurde dabei immer mehr die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Die AfD wählten besonders viele junge Wähler. Im Wahlkampf und in Fernseh-Talkshows geht es immer weniger um Argumente, sondern um gegenseitige verbale Angriffe bis hin zu Beleidigungen, ist eine „Verrohung der Sprache“ und Hetze zu bemerken. Da ist bei AfD und BSW die Rede von „dümmster Regierung“, von „Kriegstreibern“, andererseits von „Putin-Freunden“, „Russland-Propagandisten“ oder „National-Bolschewistin“ (Kowalczuk über Wagenknecht). Von CDU/CSU werden bestimmte Koalitionen von vornherein durch rote Linien ausgeschlossen, „Brandmauern“ werden gezogen, Wähler werden von Parteien und Medien beschimpft (seien „Nazis“ oder „linksversifft“), ein Verbot der AfD wird gefordert. In der Ampel-Regierung aus SPD, Grüne und FDP gibt es laufend Streit, besonders oft durch die FDP entfacht. Dem Kanzler werden geringe Führungskraft und Zögerlichkeit nachgesagt. Die Partei Die Linke ist mittlerweile als soziale Stimme fast bedeutungslos geworden. Das liegt an ihrer programmatischen Orientierung auf intellektuelle Wählergruppen und identitäre Themen, was auch zum Austritt des Wagenknecht-Lagers und Gründung des BSW führte, wohin die Linken die meisten ihrer Wähler verloren. Laut Grundgesetz wirken politische Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit, sie allein haben aber nicht das Sagen!

In jüngster Zeit wurde zudem ein **neuer deutscher Ost-West-Konflikt** entfacht. Aus dem Wahlverhalten vieler Ostdeutscher wird geschlussfolgert, sie seien nach 35 Jahren noch nicht richtig in der Demokratie angekommen und wüssten angeblich den Wert von Freiheit nicht zu schätzen. Die offensichtlichen nach wie vor großen Unterschiede in der Ökonomie, beim Vermögen, der Einkommen und Renten, der beruflichen Perspektiven, in der Besetzung von Führungspositionen und die publizistische Betrachtung ihrer Lebensverhältnisse im Osten betrachten viele dieser Bürger aber als Herablassung, als Geringschätzung ihrer Lebensleistung und der Umbrüche in den 1990er Jahren. Steffen Mau benennt sachlich diese Unterschiede und vertritt die Auffassung, dass der Osten noch lange anders bleibt und ernst genommen werden muss. Öffentliche Geringschätzung in den Medien – wie es in der MDR-Doku „Es ist kompliziert – der Osten in den Medien“ gezeigt wurde, führt teilweise dazu, die rückwärtige Betrachtung der DDR positiver vorzunehmen als es historisch und persönlich der Wahrheit entspricht. Unterstützt wurde dies durch Publikationen von Dirk Oschmann „Der Osten eine westdeutsche Erfindung“ und Katja Hoyer „Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR“. Einige ehemalige DDR-Funktionäre (Egon Krenz z. B.) versuchen ein fast ausschließlich positives Bild der DDR-Geschichte zu zeichnen (jüngst wieder am 5.10.2024 im Babylon: DDR, ein Staat des Friedens!). Der Berliner Kurier titelte jüngst wahrheitswidrig, dass zwei Drittel der Ostbürger die DDR wieder haben wollten. Dieser „Weichzeichnung der DDR-Geschichte“ wird durch westliche Publizisten (SPIEGEL, Tagesspiegel) und durch den Historiker Ilko-Sascha

Kowalczyk („Freiheitsschock“) ziemlich energisch mit einer „Diktatur-Peitsche“ oder „Stasi-Keule“ widersprochen. Selbstkritische Analysen und differenzierte DDR-Rückerinnerungen werden weitgehend verschwiegen oder als nicht glaubwürdig von verschiedenen Seiten diffamiert. So fand mein Buch ZUSAMMENBRUCH zwar viel Zustimmung, andererseits aber wurde ich als „Verräter“ oder „Abtrünniger“ diffamiert. Die Berliner Zeitung, die kontroverse Meinungen widerspiegeln will, ist in der Medienwelt mittlerweile umstritten und wird massiv vom SPIEGEL angegriffen. Eine kritische Rückbesinnung auf die Geschichte der westdeutschen Bundesrepublik fehlt fast völlig (Gründung der BRD, Umgang mit Nazis, 1968, Politik der Brandt/Schmidt- oder Kohlregierung). Es wird gar in der Wählerbeschimpfung behauptet, dass die meisten Bürger im Osten nichts von ihrer Verantwortung in Freiheit und Demokratie begriffen hätten und sich bloß einen stärkeren Staat (Autokratie) wünschten. Steffen Mau verweist jedoch darauf, dass 1990 die eigenen Demokratisierungs-Ideen strikt durch westdeutsche Parteien und den kurzfristigen Einigungsprozess unterbunden wurden. Auch wird immer wieder behauptet, dass es in der DDR keine Auseinandersetzung mit der Nazi-Geschichte gegeben hätte, so als ob es nie ehemalige Nazis in bundesdeutschen Ämtern gegeben hätte. In dieser aufgeregten Schwarz-Weiß-Debatte wird meistens übersehen, dass im Osten aktuell aber Themen in der Diskussion angeschnitten werden, die zeitversetzt auch im Westen eine noch größere Rolle spielen werden, weil Frieden, Klimaschutz, Wirtschaft, Migration, offene Gesellschaft u.a. nicht nur im Osten von Bedeutung sind. Auch werden rechte Gewalttaten im Westen eher runtergespielt. Nahrung erhielt diese Ost-West-Debatte auch durch die Freiheitsbeschränkungen in der Zeit der Corona-Pandemie (provozierte DDR-Vergleiche), die dringend einer nachträglichen Bewertung bedürfen, was aber gegenwärtig im Bundestag noch verhindert wird. Es wäre wohl an der Zeit, endlich eine gesamtdeutsche Geschichte seit 1945 stärker in den Blick zu nehmen. Steffen Mau schlägt sogar vor, im Osten verstärkt „Bürgerräte“ in die Demokratie einzubinden (Osten als „Labor der Partizipation“), um so die Demokratie jenseits vom bisherigen Parteienkonstrukt in ganz Deutschland weiterzuentwickeln.

Im Mittelpunkt der Wahlen stand die sogenannte **Migrationsfrage**. Obwohl Deutschland seit Jahren (in Westdeutschland seit Jahrzehnten) auf Zuwanderung angewiesen ist, wird mit Migration aufgeregte populistische Politik betrieben. Seit 2015 kamen vor allem Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Irak, Türkei – und seit 2022 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine – nach Deutschland, die Kommunen fühlen sich offensichtlich mittlerweile überfordert, diese lebenswert unterzubringen und zu versorgen. Deshalb wird sogar das Recht auf Asyl angezweifelt, Rassismus und Hetze gegen Ausländer nehmen zu, wofür auch Straftaten ausländischer Bürger als Begründung ausgenutzt werden. Mit Verschärfungen im Straf- und Sozialrecht, mit Grenzkontrollen und der Idee von Asylverfahren in Drittländern soll populistisch gegengesteuert werden („Sicherheitspaket“), um „illegale Einreisen“ zu verhindern. Das europäische Asylrecht, was Deutschland ohne Außengrenzen ziemlich entlasten sollte, funktioniert nicht und führt zu inhumanen Lagern an den europäischen Grenzen oder außerhalb (Albanien). Die Beseitigung von Fluchtgründen in den Herkunftsländern spielt so gut wie keine Rolle. Es gibt keine geordnete Migration nach Europa. In Deutschland gelingt es nicht bzw. wird sogar verhindert, Flüchtlinge in Arbeit zu bringen, damit sie sich selbst versorgen können und nicht allein von Bürgergeld leben müssen. Teilweise leben sie in menschenunwürdigen Lagern. Ihre Kinder werden in Schulen nicht selten gemobbt. Es gibt eine wachsende pauschale Hetze gegen alle Ausländer (seien Straftäter, Sozialnassauer, machen angeblich Urlaub im Herkunftsland, versorgen nur ihre Familien). Die AfD spricht schon von „Umvolkung des deutschen Volkes“. Die noch 2013/14 herrschende Willkommenskultur ist weitgehend verschwunden.

Die **demographische Entwicklung** in Deutschland vollzieht sich so, dass die Bevölkerung stark altert, der Anteil der Rentner im Land wird immer größer, der Nachwuchs bleibt immer mehr aus. Besonders drastisch ist das im Osten, weil allein seit 1990 weitere 1,2 Mio Menschen gen Westen

auswanderten. Viel zu viele verlassen die Schule ohne Schulabschluss. Auch deshalb gibt es einen großen Fachkräftemangel, der nur durch Zuzug aus dem Ausland kompensiert werden kann. Dabei besteht die Gefahr, dass Fachkräfte auch aus Ländern abgezogen werden, die diese dringend selbst brauchen (kolonialistisches Verhalten Deutschlands). Es fehlt offensichtlich ein Konzept zur Ausbildung von Fachkräften zum Nutzen der Herkunftsländer und Deutschlands. Die Frage ist auch, ob ausländische Jugendliche überhaupt nach Deutschland wollen (Sprachbarriere, Unterkunft, Bürokratie, Entlohnung). Um die Sicherung der Renten ist in der Regierung ein erneuter Streit ausgebrochen. Der FDP sind die Kosten für die jüngere Generation zu hoch. Viele fürchten eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters. Eine Lösung des Konflikts um die Renten steht aus.

Im Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine mit dem Ziel, weite Teile des souveränen Landes sich einzuverleiben und zu verhindern, dass sich das Land dem Westen zuwendet. Seither ist **in Europa kein Frieden, sondern Krieg**. Deutschland, das stolz darauf war, durch Willy Brandt und die deutsche Einigung, durch umfangreiche Handelsbeziehungen mit Russland maßgeblich zum Frieden in Europa beigetragen zu haben, steht seither vor einem Dilemma. Der Kanzler nannte dies „Zeitenwende“, seine Außenministerin will gar „Russland ruinieren“. Ein 100-Mrd-Paket wurde für die Aufrüstung geschnürt. Seither ist Deutschland nach den USA zweitgrößter Unterstützer der Ukraine bei seiner Verteidigung und Widerstand gegen die russische Invasion (Waffenlieferungen, finanzielle und humanitäre Unterstützung). Die Formel lautet: Wir liefern Waffen, solange sie die Ukraine braucht. Der Krieg dauert jetzt schon zweieinhalb Jahre, Russland hat den Donbass und die Krim besetzt. Täglich sterben Menschen auf beiden Seiten, werden Wohnungen und die Infrastruktur des Landes zerstört. Ein Ende ist nicht in Sicht. Seither tobt in Deutschland ein Streit über die Stellung Deutschlands in diesem Konflikt, wie man einen dauerhaften Frieden erreichen kann, durch einen militärischen Sieg der Ukraine oder durch diplomatische Verhandlungen mit Putin. Der Kanzler wird von einem Teil der Politiker ständig bedrängt, weitreichende Waffen, die auch Ziele in Russland treffen können, zu liefern, was er mit Blick auf die bestehende Ausweitung der Kriegsgefahr aber immer wieder ablehnt (angebliche „Zögerlichkeit“). Aber die Mehrheit der Deutschen lehnt weitere Waffenlieferungen eigentlich ganz ab, auch nimmt die Solidarität mit ukrainischen Flüchtlingen ziemlich ab (auch wegen der Kosten, die nicht für nationale Aufgaben mehr zur Verfügung stehen). Die deutsche Friedensbewegung und das BSW (Wagenknecht) versuchen, angelehnt an den Pazifismus in den 1980er Jahren, Bürger gegen diesen Krieg und gegen die Stationierung amerikanischer Raketen in Westdeutschland zu mobilisieren, vermeidet aber weitgehend den energischen Protest gegen den russischen Aggressor (deshalb „Putinfreunde“). Mit Verweis auf die früheren amerikanischen Kriege (Vietnam-Krieg, Kosovo, Irak, Afghanistan) wird die Kriegsschuld weniger bei Russland, sondern mehr bei den USA und der NATO gesehen. Auch wird natürlich berechtigt darauf verwiesen, dass an diesem Krieg deutsche Konzerne erheblich verdienen (Rheinmetall) und auch auf Gewinne beim Wiederaufbau der Ukraine spekulieren. Zu Denken gibt auch, dass es in der Welt außerhalb Europas (China, Brasilien, Indien, Südafrika u.a.) keine konsequente Anti-Haltung zu Russland gibt, stattdessen sogar wirtschaftlich dank der westlichen Sanktionen gegen Russland davon profitiert wird (Erdöllieferungen). Dieser Krieg ist also auch Teil einer globalen Auseinandersetzung. Von der deutschen Regierung müssen nach den Wahlen in den USA (Trump oder Harris) energische Schritte (auch in der EU und der NATO) gegen die Fortsetzung des Krieges verlangt werden, was nur durch Diplomatie und künftige Zusammenarbeit mit Russland und China gelingen kann. Die Bundeswehr sollte im Verteidigungsfall handlungsfähig sein und nicht im Ausland eingesetzt werden. Hoffnung macht, dass neuerdings sowohl beim Bundeskanzler als auch in deutschen Talk-Shows von diplomatischen Friedensinitiativen die Rede ist im Gegensatz zur CDU/CSU-Opposition, die vom Kanzler irrsinnigerweise fordert, Russland militärisch herauszufordern

(Aufhebung der Einsatzbeschränkungen bestimmter Waffen, Lieferung von weitreichenden Marschflugkörpern).

In einem ähnlichen Dilemma steckt Deutschland im **Nahost-Konflikt**. Keine Frage, der Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 mit 1 200 Toten und der Geiselnahme von 240 Menschen war der Auslöser der jetzigen aktuellen Auseinandersetzungen. Volles Verständnis kann man haben, dass Israel Wege suchen musste, um der Hamas zu begegnen. Aber niemand versteht die angerichtete humanitäre Katastrophe im Gaza-Streifen (über 40 000 Tote) und die Nichtbereitschaft der Regierung Israels für eine Waffenruhe zur Freilassung der noch in der Hand der Hamas befindlichen 100 Geiseln. Auch wird nicht verstanden, dass es Israel offensichtlich auch auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit der Hisbollah und dem Iran ankommen lassen will. Die deutsche Staatsräson (von Merkel aus historischen Gründen deklariert!) heißt, alles für das Existenzrecht Israels zu tun. Heißt das auch, alle militärischen Aktionen der rechtsgerichteten israelischen Regierung bedingungslos gutzuheißen und dafür auch noch Waffen oder anderes Material zu liefern (unklar bleibt, ob Deutschland wirklich liefert, weil Streit innerhalb der Ampel)? Auch wenn damit UN-Friedenstruppen im Libanon angegriffen werden? Es bedarf energischer diplomatischer Schritte der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands, diesen Krieg zu stoppen. Auch ist es doch völlig berechtigt in diesem Zusammenhang auf die geschichtlichen Fakten zu verweisen, auf die Vertreibung der Palästinenser bei der Gründung Israels, auf frühere Kriege im Nahen Osten und von Israel nicht akzeptierte UNO-Beschlüsse, auf die Siedlungspolitik im Westjordanland, auf die Verhinderung einer 2-Staaten-Lösung durch Israel und die Palästinenser. Dabei gab es schon mal einen Friedensnobelpreis für Rabin und Arafat!

Ganz schlimm finde ich, dass momentan in Deutschland jegliche Solidarität mit palästinensischen Opfern des Krieges und deren Forderung nach Eigenständigkeit als antisemitisch disqualifiziert wird. Keine Frage, es gibt **Antisemitismus** in Deutschland und nicht nur von palästinensischen Studenten, sondern auch auf Palästina-Demos in Berlin oder innerhalb des Streits unter den Linken. Dessen Ursache darf ruhig in der nicht verarbeiteten deutschen Geschichte gesucht werden, aber wenn schon, dann in beiden deutschen Staaten, nicht nur in der DDR. Ja, es stimmt, Antisemitismus war auch eine Zeit lang Bestandteil des Stalinismus, aber die Solidarität mit Palästina und der Antizionismus waren vor allem Bestandteil der Solidarität mit anderen nationalen Befreiungsbewegungen und Teil einer globalen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den USA. An den Weltfestspielen in Berlin 1973 nahmen junge Leute aus Palästina und aus Israel teil. Es stimmt nicht, dass wir jungen DDR-Bürger nichts vom Holocaust wussten. Wahr ist, erst viel später haben wir den Unterschied zwischen Antisemitismus und Antizionismus verstanden. Wir haben uns sehr wohl mit Auschwitz und Buchenwald, mit Anne Frank (kannte jeder) u.a. beschäftigt, Bücher gelesen, Filme gesehen und Gedenkstätten besucht. Noch 1988 habe ich selbst eine emotionale Gedenkkundgebung in Ravensbrück organisiert und 1989 Miep Gies (Helferin für Anne Frank) zur Vorstellung ihres Buches eingeladen. Das hält bis heute an. Wir sind befreundet mit einer Jüdin, deren Vater 1962 aus Israel in die DDR kam und über den meine Frau einen Film gedreht hat. Im vorigen Jahr wurden auf meine Initiative hin in Köpenick zwei Gedenktafeln für den Juden Julius Fromm (Kondom-Erfinder) aufgestellt.

Deutschland will bis 2045 **klimaneutral** sein. Es ist im Land hoch umstritten, ob dieses Ziel im Verhältnis zu anderen Ländern der Welt (China, USA, globaler Süden) angemessen ist. Das Hauptproblem dabei ist die Erzeugung der notwendigen Menge an Energie (**Energiewende**), die das rohstoffarme, aber hochindustrialisierte Land benötigt. Mit 56 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien wurde bereits viel erreicht, aber es fehlt an der notwendigen Stabilität der Versorgung (mangelnde Speichermöglichkeiten, fehlende Stromleitungen von Nord nach Süd, Abhängigkeit von

Wind und Sonne), da es keine AKW mehr gibt und die Kohlekraftwerke bis 2038 abgeschaltet sein sollen. Über neue Technologien wie Brennstoffzelle oder Wasserstoff erfährt man relativ wenig, wie diese zur Lösung beitragen können. Das seit 2022 fehlende Gas und Öl aus Russland wurde zwar weitgehend mit teuren Maßnahmen kompensiert (LNG), aber es bleibt eine offene Frage, wie diese Rohstoffe zukünftig ersetzt werden sollen, wenn die USA z.B. nicht mehr liefern wollen. Gleichzeitig erhöht sich der Verbrauch an Strom immer mehr (Elektroautos, E-Bikes, Digitalisierung/Internet, Erzeugung von grünem Wasserstoff und Stahl). Die klimaschädlichen Folgen der Batterien werden weitgehend ausgeblendet. Es gibt kein Konzept, das eine Senkung des Energieverbrauchs im Auge hat. Maßnahmen der EU oder der deutschen Regierung zum Erreichen der Klimaziele stoßen auf Ablehnung oder gar Widerstand in der Bevölkerung (Verbrenner-Aus, Heizungsgesetz, Bau von Windkraftanlagen, Stromleitungen von Nord nach Süd, Förderung von E-Autos durch Abwrackprämie). Die Klimafolgen der Kriegszerstörungen in Europa und Nahost werden völlig verschwiegen. Es gibt kein überzeugendes Konzept der Regierung, wie man Bürger für bestimmte Klimaziele begeistern könnte (private Solaranlagen, Lade-Infrastruktur, Öffentlicher Nahverkehr, Tempo 130 auf den Autobahnen, stattdessen Werbung für sprit- oder stromfressende SUV). Selbst das allgemein akzeptierte preiswerte Deutschland-Ticket wird wie die normalen Fahrpreise demnächst wieder verteuert.

Geklagt wird über hohe Energiepreise, die angeblich zu **Deindustrialisierung** Deutschlands führen könnten, weil einige Firmen ihre Produktion in andere Länder auslagern oder sich von anderen Konzernen aufkaufen lassen. Aktuell befindet sich Deutschland in einer **wirtschaftlichen Rezession**. Trotz der Warnungen des Club of Rome („1% Wachstum ist genug“) und anderer Institutionen gibt es kein Konzept gegen den kapitalistischen Wachstumszwang. Stattdessen erzwingt die kapitalistische Wirtschaft ständiges Wachstum, also auch mehr Verbrauch an Energie und Ressourcen generell. Der Bundeskanzler will jetzt mit einer Industrialisierungsinitiative noch mehr Tempo machen. Kaufzurückhaltung von Bürgern wird als wirtschaftsschädlich diskriminiert. Die überbordende Werbung in den Medien und mit papierverschwendenden Prospekten/Katalogen zielt auf Erhöhung des Verbrauchs und nicht auf verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Hoch umstritten ist trotz der eingeführten Arbeitsplätze die TESLA-Fabrik in Grünheide, ihre E-Autos lagern teilweise auf einem Flugplatz in Brandenburg, Proteste gegen die Firma werden diffamiert. Die amerikanische Firma INTEL hat den Bau seines Chip-Werks in Magdeburg abgesagt. Die Meyer-Werft in Papenburg wird mit staatlichen Mitteln gerettet, damit weiter klimaunfreundliche Kreuzfahrtschiffe gebaut werden können. Gefeierte wird ein Bahnbetriebswerk in Cottbus für Arbeiter aus der Braunkohle, wo künftig ICE-Züge gewartet werden sollen, wobei durch diese Stadt und in der Nähe nicht einmal ein ICE planmäßig fährt. Über erfolgreiche mittelständische Betriebe, die klimafreundlich und zukunftsorientiert produzieren, wird kaum berichtet. Das größte Problem ist jedoch die deutsche Autoindustrie. Das Ford-Werk in Saarlouis sollen geschlossen werden, bei VW Arbeitsplätze reduziert werden. Jahrzehntlang Weltmarktführer, werden die in Deutschland produzierten Autos wegen ihrer hohen Preise immer weniger akzeptiert. Vor allem China zeigt, wo es angeblich langgehen sollte. Deutschland stimmt in der EU gegen antichinesische Schutzzölle, weil davon auch deutsche Firmen in China betroffen wären.

Nicht nur der Einsturz der Carola-Brücke in Dresden verdeutlichte, wie marode die **Infrastruktur** in Deutschland ist. Einsturzgefährdete Brücken, lädierte Landstraßen und Autobahnen, gesperrte Eisenbahnstrecken, die Unpünktlichkeit der Bahn und des ÖVP, Funklöcher, allerorten Baustellen zur Erneuerung von Wasserleitungen, von Strom- und Datenleitungen zeigen den Investitionsbedarf, der sich in den letzten 20 Jahren aufgestaut hat. Es wurden drastische Maßnahmen (z.B. Streckenerneuerungen) eingeleitet, aber das Misstrauen ist groß, dass dies Endlos-Baustellen werden. Niemand versteht, warum bestimmte Strecken in den letzten Jahren mehrfach saniert

werden mussten (Eisenbahn, Autobahnen), warum bereits in den 90er Jahren verlegte Datenleitungen wieder ausgetauscht werden müssen.

Besonders drastisch ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern der **Rückstand bei der Digitalisierung**. Fehlende technische Voraussetzungen, datenrechtliche Bestimmungen, Misstrauen unter Teilen der Bevölkerung verhindern teilweise zielführende Maßnahmen. Es nerven deshalb fehlende Termine in Bürgerämtern oder die Unmöglichkeit der Kartenzahlung in Gaststätten und Raststätten. Andererseits stoßen auch die elektronische Gesundheitsakte und das elektronische Rezept auf Vorbehalte. In vielen Schulen fehlen trotz Verbesserungen in der Corona-Zeit technische Voraussetzungen zur Nutzung von elektronischen Unterrichtsprogrammen. Die ökologischen Folgen der Digitalisierung werden kaum diskutiert.

Tiefes Misstrauen gibt es gegenüber dem **öffentlich-rechtlichen Rundfunk/Fernsehen**. Nachrichten und Reportagen werden oft als zu regierungsfreundlich interpretiert, es werde ein Mainstream der öffentlichen Meinung erzeugt, der Widerspruch kaum zulässt. Bürger würden nur belehrt und wenig gehört. Gibt das mal ein Journalist wie Dirk Jacobs vom ZDF in der Berliner Zeitung zu, wird er von anderen niedergemacht. Versuche der Übertragungen von Bürgerdialogen oder spielerische Politsendungen wie „Die 100“ (Zamperoni) in der ARD werden als gesteuert und unglaubwürdig angesehen. Auch wird der Umstand, dass AfD und BSW als Opponenten der Regierung ständig in Talk-Shows eingeladen werden und Gelegenheit haben, ihre Meinung zu verbreiten, als unehrliche Kommunikation bewertet. Auch dass ständig die gleichen Politiker und Journalisten in Talk-Shows sitzen dient nicht dazu, größeres Vertrauen zu den öffentlich-rechtlichen Medien aufzubauen. Für die Fernsehzuschauer im Osten bringt einzig der MDR Erinnerungen an ihre DDR-Geschichte, in anderen Sendern gibt es fast nur Westgeschichte. Das Fernsehen leistet kaum noch einen Beitrag zu einer zukunftspositiven gemeinschaftlichen Gesellschaft. Das Programm bietet nur selten künstlerisch anspruchsvolle Höhepunkte („Filme oder Shows als Straßenfeger“), es wird dominiert von Krimis, immer gleichen Rate-Shows, Sportübertragungen (eingeschränkt wegen der Übertragungsrechte), Schlager und Film-Schnulzen. Anspruchsvolle Beiträge werden kaum oder häufig erst in der Nacht gezeigt oder sollen künftig ganz entfallen (Streichen von Sendern wie 3sat oder Info-Sendern). In den Werbespots wird für Autos, fürs Reisen, für Medikamente, Süßigkeiten und Alkohol geworben. Junge Leute sehen Fernsehen kaum noch, sie tummeln sich lieber auf den Social-Media-Kanälen, wo die Gefahr KI gesteuerter Fake-News ständig wächst. Auch gibt es dort ständig irgendwelche Panikmeldungen über angebliche Gefahren.

Von der Politik, den Medien und Eltern wird ständig das **Niveau des Bildungssystems** beklagt. Bei PISA-Studien landet Deutschland nur auf hinteren Plätzen. Die Fächer Deutsch und Mathematik (Lesen, Schreiben, Rechnen) gelten als besonders förderbedürftig. Offensichtlich kommt das föderale Bildungssystem an seine Grenzen. Es gibt in Deutschland keine einheitlichen Bildungspläne. Die praktizierte Inklusion ist hoch umstritten. Durch den Lockdown in der Corona-Zeit entstanden zusätzliche Bildungslücken. Als Grund für die Schwächen im System wird immer wieder der Lehrermangel angegeben. Dabei werden auch zu wenig Lehrer an den Hochschulen ausgebildet, deshalb müssen Quereinsteiger die Lücken füllen. Die Qualität des tatsächlichen Unterrichts unterliegt in der Regel keiner Betrachtung. Stattdessen wird über die Art und Weise der Leistungsbewertung gestritten (Noten oder nur Bewertungen). Vergleiche mit dem einheitlichen DDR-Bildungssystem werden aus politischen Gründen gescheut. Viele Schüler verlassen die Schule ohne einen Abschluss und kommen somit auch nicht in einen qualifizierten Beruf. Andererseits gibt es viel zu viele Schüler auf den Gymnasien, die später auch nicht studieren oder beruflich ohne Abitur auskommen. Der hohe Migrantenanteil in einigen Schulen schafft zusätzliche Schwierigkeiten, wobei es hier vor allem um die Stärkung der Sprachkenntnisse geht.

Ein ungelöstes Problem in Deutschland ist der **Wohnungsmangel**. Durch den Run auf die Schwarmstädte fehlen dort Wohnungen, steigen die Mieten, während im ländlichen Raum und in Kleinstädten viele Wohnungen leer stehen. Der Staat zeigt sich nicht in der Lage, hier Abhilfe zu schaffen. Es gibt zwar Förderung für sogenannte Sozialwohnungen, diese werden durch die Eigentümer aber häufig umgangen. Da auch die Baupreise erheblich gestiegen sind, werden zu wenig Wohnungen neu oder zu teuer gebaut. Wohnungsbaugenossenschaften klagen oft über zu geringe Möglichkeiten für sie (Erbpacht von Flächen?) Städtische Wohnungsgesellschaften haben zu wenig Investitionsmittel. Private Häuslebauer klagen über hohe Grundsteuern. Die Zweckentfremdung von Wohnungen (Ferienwohnungen zum Vermieten, Leerstand) wird zu wenig bekämpft. Auch gibt es kaum Maßnahmen zur Förderung von Umzug in kleinere bedarfsgerechte Wohnungen. Für die Bekämpfung der Obdachlosigkeit gibt es nur wenig erfolgreiche Konzepte.

Wie früher wird auch heute die **Jugend** beschimpft, von nicht wenigen wird sie als verzogen und faul dargestellt. Dabei wird übersehen, was die Gesellschaft selbst dazu beiträgt. Laut neuester Shell-Studie haben 81% junger Leute Angst vor einem Krieg, 67% fürchten steigende Armut. Das politische Interesse der Jugend habe sich in den letzten Jahren verstärkt, 55% seien angeblich politisch interessiert. Dabei haben sich die Lebensverhältnisse junger Leute heute in den letzten Jahrzehnten gravierend geändert. Viele profitieren besonders vom Wohlstand ihrer Eltern und stehen unter dem Einfluss deren geänderter Lebenseinstellungen. Sie wollen auch wie diese nach Erfolg und oben streben. Sie glauben auch, dies schaffen zu können, sind grundsätzlich optimistisch und materialistisch orientiert. Allerdings ist auch festzustellen, dass in erfolgreicher beruflicher Arbeit von vielen kaum noch ein tiefer Lebenssinn gesehen wird (allenfalls ein Mittel zum Geldverdienen). Nur ein Viertel der Jugendlichen ist in dieser Frage idealistisch eingestellt. Möglichst wenig arbeiten, aber viel verdienen und sich vieles leisten können, ist das publizierte Ziel (Work-Life-Balance). Die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt veränderten Arbeitsinhalte (Computer, Home-Office, KI) haben den Wert von persönlicher Arbeitsanstrengung maßgeblich gesenkt. Die Verhättschelung der Jugend beginnt schon im Kindesalter (Eltern-Taxi in die Schule, Lastenfahrrad, Mitbestimmung der Eltern, ob Notengebung oder nicht oder gar über Inhalt des Schulunterrichts, Handy als frühkindlicher Standard). Viele junge Leute haben deshalb oft lange keine beruflichen Vorstellungen. Oft werden auch bestimmte Berufe (Facharbeiter) herabgewürdigt, nur Gymnasium und Studium gelten als erstrebenswert. „Niedere Berufe“ können ja dann von Migranten ausgeführt werden. Viele Jugendliche interessieren sich kaum für Politik und Geschichte (Im Film „Treasure“ waren jüngst nur 6 ältere Leute auf den Spuren jüdischer Geschichte in Polen), lesen kaum Zeitungen oder Bücher, zivilgesellschaftliches Engagement (Parteien, Jugendorganisationen) spielt außer beim Sport und Freiwilliger Feuerwehr nur noch eine geringe Rolle. Der Lebensinhalt wird vor allem von Aktivitäten bei Social-Media (TikTok, Facebook, X) oder Computerspielen bestimmt. Drogen- und Alkoholkonsum hat in jüngsten Jahren wohl eher zugenommen, was auch Gewaltbereitschaft in bestimmten Gruppen fördert. Bei den Wahlen stimmten überdurchschnittlich vor allem junge Leute für die AfD.

Viel Streit gibt es um das gut ausgebaute deutsche **Gesundheitswesen**. Es wird geklagt, dass es schwierig ist, Termine beim Arzt zu bekommen. Viele Absolventen des Medizinstudiums weigern sich, eine eigene Praxis zu eröffnen. Krankenhäuser und Medizinische Versorgungszentren werden mehr und mehr privatwirtschaftlich und damit profitorientiert betrieben. Auch hier werden Vergleiche mit dem System der DDR-Polikliniken aus politischen Gründen abgelehnt. Durch eine geplante Krankenhausreform droht die Schließung vieler Einrichtungen, vor allem im ländlichen Raum. Die Zuzahlungen in Senioren- und Pflegeeinrichtungen sind stark gestiegen, sodass immer mehr ältere Menschen auf häusliche Betreuung angewiesen sind. Die Pflegeversicherung steht vor dem Bankrott. Hoch umstritten ist weiterhin die Corona-Zeit. Viele Bürger hielten bestimmte Maßnahmen für übertrieben oder unangemessen: Maskenpflicht im Freien, Sperrung der

Spielplätze, Abstandhalten im Freien, Ländersperrern, Besuchsverbote in Altenheimen, Schulschließungen, später 2G-Regelung oder Impfpflicht. Dass die Pandemie durch die Regierung zeitweise fälschlicherweise zu einer „Pandemie der Ungeimpften“ erklärt wurde, haben viele Bürger nicht vergessen und erwarten von den Regierenden eine Aufarbeitung der Umstände und panikartigen Zustände damals, was aber bislang nicht geschieht.

Große Sorgen bereitet vielen Menschen die ständigen **Preissteigerungen** (Inflation). Obwohl in jüngster Zeit auch viele Löhne dank der gewerkschaftlichen Initiativen oder der Mindestlohnentscheidungen der Regierung stiegen (und die Rentner davon profitieren), bleiben Teuerung und Angst vor der Inflation ein ständiges Thema (allein die Butter ist 40 % teurer als noch vor einiger Zeit, Packungen für Lebensmittel werden bei gleichem Preis verkleinert, der Bierpreis gestiegen). Allein zum Jahresende 2024/2025 sind zudem angekündigt: Erhöhung der Rentenbeiträge, Erhöhung der Versicherungsbeiträge einschließlich der Zusatzbeiträge, Erhöhung der Bahnticket-Preise, die Preisänderung bei Deutschland-Ticket von 49 auf 58 EUR, die Erhöhung der Portopreise bei der Post. Bei den Ladenpreisen haben viele bereits die Übersicht verloren, die Anzahl derjenigen, die sich Jahresbeginn Lebensmittel bei Sozialeinrichtungen (Tafel) besorgen, steigt. Der SPD fällt in ihrer Wahlkampfstrategie nur ein: Steuerentlastung für 95% der Bürger, finanziert aus Mehrbelastung für das reiche 1%, Mindestlohn auf 15 EUR anheben, Kindergeld erhöhen). Selbst diesen Vorschlägen wird von CDU/CSU und FDP sofort energisch widersprochen.

Die deutsche Regierung erfindet laufend **neue Bezeichnungen** für ihre Vorhaben. Da ist von „Zeitenwende“, „Doppelwumms“, allerlei Paketen oder Gesetzesvorhaben die Rede. Allein es fehlt an einer die Bevölkerung mitnehmende programmatische Vision für die Zukunft. Niemand fühlt sich angesprochen, mitzutun, weder Betriebe noch Bürger. Viele gesetzliche Regelungen werden als Bevormundung und Eingriff in die Persönlichkeitsrechte interpretiert. Oft wird die absolute Verunsicherung beklagt.

Keine Frage, es wird **Veränderungen** in allen Lebensbereichen auch in den kommenden Jahren geben müssen. Diese werden aber nicht in ihrer Komplexität kommuniziert. Das Land ist an Wohlstand gewöhnt und fürchtet einen Abfall, gar einen Verlust an Heimat. Daher kommt auch die Angst vor Migration. Man versteht auch nicht die Huldigung der 246 Milliarden in Deutschland und die ungleiche Vermögensverteilung, die die Regierung auch nicht durch ihre Steuerpolitik verändern will. Die Armutsquote in Deutschland hat einen neuen Höchststand erreicht. Aber beklagt werden stets die hohen Sozialausgaben (Bürgergeld, Wohngeld) und nicht wenige Bürger als Sozialschmarotzer diffamiert.

Bei den Olympischen Spielen in Paris belegte Deutschland im Medaillenspiegel den 11. Platz und das nur dank der Leistungen der Spring- und Dressurreiter, einer eher sportlich-adligen Randdisziplin. Im Schwimmen, der Leichtathletik und Turnen erreichten viele Athleten nur mittelmäßiges Niveau. Es ist eine Diskussion darüber entbrannt, ob der **Leistungswille deutscher Sportler** noch groß genug sei. Auch das Fördersystem soll überdacht werden. Gleichzeitig werden Leistungswettkämpfe für Jugendliche aber abgeschafft.

Für die deutsche **Fußballnationalmannschaft** wurde vor Jahren ein neuer Trainer gesucht. Schließlich wurde mit Julian Nagelsmann eine kompetente Person gefunden. Er krepelte den Kader der Mannschaft um, schenkte jungen Leuten das Vertrauen. Bei der Fußball-EM 2024 hätte die Mannschaft fast das Halbfinale erreicht, sie gewann die Herzen der Fans (es wurde gar wieder von einem „Sommermärchen“ gesprochen). Aber seit Nagelsmann im Amt ist, wird bezweifelt, ob er der richtige sei. Jede seiner Entscheidungen wird öffentlich hinterfragt, selbst jüngst nach dem Einzug ins Viertelfinale der Nation-League. Als er erklärte, demnächst Weltmeister zu werden, wurde ihm das als zu überhöht ausgelegt. Und es wird schon der nächste Trainer permanent gehandelt (Jürgen

Klopp, der jetzt aber zur „Freude“ der Fans bei Red Bull engagiert wurde). Wo bleibt das Vertrauen in einen wirklich kompetenten Trainer und seiner jungen Mannschaft?

Die Frage bleibt offen: Wie stelle ich mir Deutschland in der Zukunft vor? Welche Veränderungen sind unumgänglich?

Man wünscht sich endlich einen Plan der Regierenden und auch einen aus der Opposition, damit Wahlentscheidungen begründbar werden.

Ich würde mir wünschen: Frieden in Europa durch einen dauerhaften Vertrag mit Russland, den USA, der EU und anderen Staaten Europas, Afrikas, Amerikas und Asiens, eine funktionierende UNO, eine dauerhafte Lösung im Nahen Osten mit beiden Seiten, normale Handelsbeziehungen zu China und Indien u.a., bilaterale Verträge mit afrikanischen und asiatischen Staaten über Zusammenarbeit und Arbeitskräfteaustausch, eine Mehrparteienregierung in Deutschland mit einem funktionierendem Staat und demokratischer Mitwirkung der Bürger, eine weniger bürokratische EU, eine nur am wirklichen Bedarf orientierte Industrieproduktion, eine ökologische Landwirtschaft, einen bescheideneren klimagerechten Wohlstand, eine intakte Natur, mehr sozialen Ausgleich, Respekt vor Lebensweise und Geschichte jedes Menschen, mehr soziales Engagement, ein deutschlandweit einheitliches Bildungssystem, einen pluralen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der die Gemeinschaft in der Gesellschaft fördert, weniger Werbung, weniger Verpackungsmüll, sachorientierte öffentliche Debatten um die besten Lösungen, aktive und fleißige Bürger und Jugendliche, die schon oder später von ihrer Arbeit oder Pension angemessen leben können. Ich wünsche mir nicht, dass jemals wieder jemand in den Krieg ziehen muss und Städte und Dörfer bei uns oder anderswo zerstört werden.

Eberhard Aurich

07. Oktober 2024

überarbeitet und ergänzt am 17.10.2024

ergänzt am 18.11.2024

Hinweise und Quellen:

Tägliche Nachrichten und Berichte im Fernsehen und Rundfunk sowie Online-Medien und Zeitungen

Dirk Oschmann: Der Osten: eine westdeutsche Erfindung. 2023

Katja Hoyer: Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR. 2023

Ilko-Sascha Kowalczyk: Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute. 2024

Steffen Mau: Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. 2024

Maritta Tkalec: Die Umerziehung ist gescheitert. Berliner Zeitung 20.09.2024

Jens Blankenagel: Warum ist die Jugend so rechts? Berliner Zeitung 28./29.09.2024

Anja Reich: Was nützt es, alles zu sagen, wenn man nicht gehört wird. Berliner Zeitung 02.10.2024

Claudia Wittig: Misstrauen als demokratische Tugend. Berliner Zeitung 04.10.2024

Kevin Gensheimer: Der Fernsehzuschauer ist sehr oft klüger als das Programm, das er sieht. Berliner Zeitung 04.10.2024

Maritta Tkalec: Vorwärts und nicht vergessen. Berliner Zeitung 07.10.2024

Egon Krenz: Über allem stand der Frieden. Rede am 05.10.2024 auf einer Veranstaltung „Was bleibt?“ im Babylon, Junge Welt 07.10.2024

Eberhard Aurich: ZUSAMMENBRUCH. Erinnerungen, Dokumente, Einsichten. 2019

Jorgen Randers/Graeme Maxton: Ein Prozent ist genug. Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen. 2026

Heinz Märtin: Wir müssen für die Menschheit auf unserem Planeten vieles ändern. 2021

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zuversicht braucht Vertrauen. Die Lage der jungen Generation und die Situation der Kinder- und Jugendhilfe. Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 17. Kinder- und Jugendberichts

Shell-Jugendstudie 2024 von der Universität Bielefeld

TV-Kolumne - Gen Z im Lehrerzimmer? ZDF-Doku verrät, was schief läuft an deutschen Schulen. Geschichte von Focus Magazin-Autorin Beate Strobel

MDR: Es ist kompliziert – der Osten in den Medien (10.10.2024)

RBB: Eine bessere DDR (Doku über Treffen in der französischen Kirche in Berlin am 9.11.1989) (14.10.2024)

Dirk Jacobs: Sagen, was ist, und nicht, was gefälligst sein soll oder nicht zu sein hat. Berliner Zeitung 12./13.10. 2024

Ruth Reiher: Eingebrennte Erfahrungen. Das Ergebnis der Landtagswahlen im Osten hat viele verwundert. Die Hintergründe liegen in der Vergangenheit. Berliner Zeitung 16.10.2024